



Dem Landtagspräsidenten  
des sächs. Landtages,  
Herrn Dr. Matthias Rößler;  
den Damen und Herren  
Abgeordneten des sächs. Landtages  
der 6, Wahlperiode

Theuma, den **03. August 2015**

**- Offener Brief -**

**Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete.**

In den letzten Monaten wurden Sie wiederholt mit der Zusendung hunderter bis tausender Unterschriften, mit Petitionen, mit persönlichen Anschreiben zur Frage der Entwicklung der Windenergienutzung im Freistaat Sachsen konfrontiert. Auch ich sende im Anhang knapp sechshundert Unterschriften, die wir in kurzer Zeit und relativ mühelos gesammelt haben.

Es erscheint geboten zu rekapitulieren, warum wir dies als notwendig erachten, und warum Ihre Unterstützung unseres Anliegens zunehmend unabdingbar wird.

Zur Vergangenheit:

Am 30. Juli 1996 wurde durch das Gesetz zur Änderung des Baugesetzbuches die Errichtung von Windenergieanlagen im Außenbereich privilegiert.

Wir dürfen mit Sicherheit davon ausgehen, dass der Gesetzgeber zu jenem Zeitpunkt von "üblichen" Anlagen mit einer Höhe von 45-75m ausging.

Am 6. Juni 2011 wurde unter Eindruck der Katastrophe von Fukushima das aus den 80-er datierende Projekt "Energiewende" öffentlichkeitswirksam aktualisiert. Atomenergie und Kohleverstromung sollten schnellstmöglich "gehen".

Wir dürfen mit Sicherheit davon ausgehen, dass der Gesetzgeber zu jenem Zeitpunkt nicht beabsichtigte, die z.B. durch Braunkohlennutzung stattfindende lokale Zerstörung von Landschaft durch die weitgehend generalisierte Zerstörung der Landschaft

---

**Sponsoren:** Fa. Auto-Service Fuchs; Fa. Elektro-Döhling; Fa. Fernseh-Schmidt;  
Fa. Kälte-u.Klimatechnik Richter; Fa. Küchen-u. Raumgestaltung Geipel; Fa. Reifen-Riedel GmbH; Arztpraxis Dr. Junker;  
Gaststätte und Pension Streuberg; DRK-Ortsgruppe Theuma; Markt-Apotheke Oelsnitz/V.; Lottoservice M. Zimmer

Deutschlands durch ungezügelt errichtete Alternative Energiequellen beabsichtigte. Wir dürfen weiterhin mit Sicherheit davon ausgehen, dass eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit durch möglicherweise mit den neuen Technologien verbundene Risiken nicht beabsichtigt war.

Im Sommer 2014 positionierten sich die in Sachsen regierenden CDU und FDP gemeinsam mit Bayern für eine 10H-Regelung und publizierten dies am 11.7.2015 über das SMWI.

Wir dürfen mit Sicherheit davon ausgehen, dass dabei auf die Existenz einer zunehmenden Belastung der Bevölkerung durch zum Zeitpunkt 140-200m hohen Windenergieanlagen und auf eine sinkende Akzeptanz der Folgen der Energiewende durch die lokale Bevölkerung abgestellt wurde.

Am 15. Juli 2014 wurde durch das Gesetz zur Einführung einer Länderöffnungsklausel (LÖK) den Bundesländern die Möglichkeit eingeräumt, Mindestabstände für Windenergieanlagen festzulegen.

Wir dürfen mit Sicherheit davon ausgehen, dass der Gesetzgeber hierbei auf die eben genannten Probleme abstellte.

Bereits 2012 beschloss der Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge, keine Flächen für neue Windparks mehr auszuweisen.

Am 18.9.2014 hat der Kreistag Meißen die Staatsregierung aufgefordert, von der LÖK Gebrauch zu machen.

Am 23.6.2015 hat der Kreistag des Vogtlandkreises die Staatsregierung aufgefordert, von der LÖK Gebrauch zu machen.

Am 8.7.2015 folgte der Kreistag Zwickau diesem Beispiel.

Nach unserem Kenntnisstand hat der Technische Ausschuss des Erzgebirgskreises eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen, deren Annahme als sicher gilt.

Am 07.07.2015 tagte öffentlich der Ausschuss des Planungsverbandes Region Chemnitz zur 10H-Problematik, nach eigener Aussage unter der Prämisse "die Machbarkeit von Kapazitäten wie im LEP festgelegt" sicherzustellen.

Nach unserer Lesart ist es dann vorauseilender Gehorsam und Bequemlichkeit, wenn eine knappe fixe Abstandsregelung gewählt wird, "weil ja die Gerichte sowieso wieder entscheiden müssen". Es kann nicht Aufgabe der Landesplanung sein, Entscheidungen von vornherein falsch zu treffen, nur weil sie im Nachhinein angefochten werden.

Nach unserer Lesart ist es Gefälligkeit der Windindustrie gegenüber, wenn pauschal 10H mit 2000m Abstand gleich gesetzt wird, weil "eben gerade 200m-Anlagen state of the art" sind. Es kann nicht Aufgabe der Landesplanung sein, die Gewinne der Industrie zu optimieren.

Nach unserer Lesart ist es Ignoranz gegenüber dem Bürgerwillen, durch Kreistage gefasste Beschlüsse nicht einmal zu besprechen.

Zur Gegenwart.

Mit neuem Koalitionspartner sind die hier relevanten Aussagen der CDU von vor den Landtagswahlen Makulatur: Wahlversprechen adé.

Mit dem gegenwärtigen Verhalten der Planungsverbände und der ihn ihnen sitzenden Kreistagsmitglieder, hier speziell Region Chemnitz, sind die Beschlüsse der Kreistage Makulatur: Kreistagsbeschluss adé.

Kontakt: Dr. Udo Junker

udo\_junker@web.de

037463 - 77 39 30 (AB)

Sponsoren: „Fernseh-Schmidt“ „Kälte-u.Klimatechnik Richter“ „Arndt Doll Dach-Heizung-Sanitär“

„Küchen-u. Raumgestaltung Geipel“ „Reifen-Riedel GmbH“ „Arztpraxis Dr. Junker“ „Gaststätte und Pension Streuberg“

Mit weiterer weitgehend (!) unkontrollierter Errichtung von Wind

Am 20. Oktober 2014 begannen in Dresden die Demonstrationen der PEGIDA. Sie wurden und werden als "rechts", als "ausländerfeindlich" und als "durch Nazis durchgesetzt" abgetan.

Wir dürfen jedoch mit Sicherheit davon ausgehen, dass ein nicht unerheblicher Anteil der teilnehmenden Bürger sich einfach nur nicht mehr ernst genommen, nicht mehr berücksichtigt, ja betrogen gefühlt hat.

Dennoch ist es richtig, dass solche Bewegung ein enormes Gefahrenpotential birgt.

Zur Zukunft:

Lassen Sie uns davon ausgehen, dass es notwendig ist, die Glaubwürdigkeit unserer Politik, die Glaubwürdigkeit unseres Verwaltungsapparates nachhaltig zu verbessern. Lassen Sie uns davon ausgehen, dass die Abwendung auch potentieller Gefährdungen der Gesundheit, der Würde, des Eigentums der Bürger durch den die Bürger vertretenden Staat hoheitliche Aufgaben sind. Lassen Sie uns davon ausgehen, dass die Stabilität unserer Energieinfrastruktur, die Erhaltung unserer Natur, die Abwägung der Belastung unserer Bevölkerung in Rücksicht auf die gesamteuropäische Situation (ich stelle ab auf die Entwicklung der Kernenergie in den uns umgebenden Ländern) hoheitliche Aufgaben sind. Lassen Sie uns auch davon ausgehen, dass die Mehrheit der Bevölkerung alternative Energien gut heißt (auch wir!).

Lassen Sie uns also davon ausgehen, dass es notwendig ist, dem MISSBRAUCH der Privilegierung endlich einen Riegel vorzuschieben.

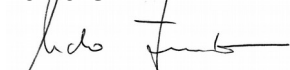
In Abwägung der Chancen einer überschnellen Entwicklung der Windenergie gegenüber deren Folgen fordern wir Sie auf, jetzt zu handeln und die Kontrolle wieder in die Hände zu nehmen, in die sie gehört: in Ihre. Nutzen Sie die

Länderöffnungsklausel, legen Sie sich auf 10H fest - es bleibt genug Fläche für die angestrebten Kapazitäten. Sorgen Sie für hinreichende medizinische Beforschung der Problematik. Sorgen Sie für entsprechendes Gehör in den entsprechenden Instanzen auf Bundesebene. Sorgen Sie dafür, dass Demokratie wieder als glaubhaft, als "vom Volke ausgehend", wahrgenommen werden kann. Natürlich werden Sie dafür von den Windenergieverdienern und deren Lobby beschimpft und verunglimpft werden, aber: Sie vertreten Sachsen, "Ihre Sachsen", nur diese haben Sie gewählt und ermächtigt, und diesen werden Sie am Ende Rede und Antwort stehen müssen. So wie wir für unseren Vogtlandkreis unsere Mitglieder des Landtages, unsere Verbandsräte, unsere Kreisräte für den 24.8.2015 zu Rede und Antwort eingeladen haben.

Und ich erlaube mir hinzuzufügen: sofern diese zutiefst basisdemokratische Veranstaltung Ihr Interesse findet, wäre es uns eine außerordentliche Befriedigung, auch Sie als unseren Gast begrüßen zu dürfen. Sachlichkeit garantiert!

Mit vorzüglicher Hochachtung,

Für die BI:



Dr. med. Udo Junker

Joachim Günther

Ilona Stange

- Anlagen: Scans von 576 Unterschriften / nur elektronisch
- Verteiler: Freie Presse, Vogtlandanzeiger, Vogtlandradio, Landschaftsschutz e.V.